

# **Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin**

**Antragsteller: Referent\*innenRat**

**Nr. und Datum der Sitzung: 3. Sitzung am 28.01.2024**

**Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr.: 5.7, SP-32/26**

## **I. Antragsgegenstand**

Beschlüsse der Studentischen Vollversammlung gegen die im Berliner AGH beschlossenen Haushaltskürzungen am 23.01.2025 in Hörsaal 2002.

## **II. Beschlussentwurf**

**1. Das Studierendenparlament macht sich folgende Beschlüsse der Studentischen Vollversammlung gegen die am 19.12.2024 im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Haushaltskürzungen am 23.01.2025 in Hörsaal 2002 zu eigen:**

### **Forderungen an das Uni-Präsidium:**

*1. Wir fordern das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin dazu auf, sich dem von ver.di gegründeten Bündnis und somit dem gemeinsamen Kampf gegen die Sparmaßnahmen des Senats anzuschließen und sich weiterhin dafür einzusetzen, dass auch die LKRP Teil des Bündnisses wird. Wir begrüßen die Beteiligung der Studierendenschaft der HU Berlin an dem Bündnis.*

*2. Wir fordern das Präsidium auf, sich im umfangreichen Maße mit der Möglichkeit, gegen die Kürzungen aus den bereits bestehenden Hochschulverträgen zu klagen, auseinanderzusetzen. Dabei soll sichergestellt werden, dass eine Klage nicht dazu führt, dass die Sparsituation für andere Bereiche noch prekärer wird.*

*3. Wir fordern eine Ergänzung von § 1 Abs. 1 der Verfassung der Humboldt-Universität zu Berlin. Eine Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen sowie eine Forschung, die diesen zugute kommen könnte, muss explizit ausgeschlossen werden. Die vom Senat beschlossenen Sparmaßnahmen dürfen nicht zu einer Militarisierung der Universität führen.*

### **Forderungen an den Berliner Senat und den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner :**

*1. Wir fordern eine sofortige Rücknahme der geplanten Kürzungen von 122 Mio. Euro aus den Hochschulverträgen.*

2. *Wir fordern eine erneute Erhöhung des Budgets des StudierendenWerks auf mindestens die ursprünglich zugesagten Mittel.*

3. *Wir fordern die Schaffung weiterer Wohnheimplätze für Studierende in Wohnheimen vom StudierendenWerk.*

4. *Wir fordern eine Rücknahme der Einsparungen im ÖPNV.*

5. *Abschließend fordern wir den Berliner Senat auf, Möglichkeiten zu finden, sämtliche Sparmaßnahmen zurück zu nehmen.*

**Unsere Forderungen verstehen wir dabei als Fortführung des Bildungsstreiks von 2009.**

**2. Der Referent\*innenRat wird damit beauftragt, die Beschlüsse an die Öffentlichkeit sowie das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin heranzutragen.**

**III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel**

- Keine -

**IV. Begründung**

Erfolgt mündlich.

**V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft**

Die Forderungen wurden im Rahmen der Studentischen Vollversammlung gegen die am 19.12.2024 im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Haushaltskürzungen am 23.01.2025 in Hörsaal 2002 entwickelt und abgestimmt.

**VI. Kontaktmöglichkeit**

refrat@refrat.hu-berlin.de